

Neues Gefängnis nötig: Für SVP ist langsame Justiz schuld

Strafvollzug U-Haft dauert im Aargau länger als im Schweizer Schnitt

VON ALINE WÜST

Justizdirektor Urs Hofmann (SP) will ein neues Gefängnis bauen im Aargau. Kostenpunkt: 18 bis 19 Millionen Franken (az vom 21. Dezember).

Einverstanden damit ist SVP-Fraktionschef Andreas Glarner. Obwohl er sagt: «Neue Gefängnisse sind nur Symptombekämpfung.» Aus seiner Sicht sind mehr Haftplätze nötig, weil Straftäter im Aargau länger in Untersuchungshaft bleiben als im Schweizer Durchschnitt. «Würde die Justiz den Finger rausnehmen, bräuchte es gar keine neuen Gefängnisplätze», folgert Glarner.

Eine Studie des Bundesamts für Statistik zeigt tatsächlich: 2012 dauerte im Aargau eine Untersuchungshaft im Schnitt 43,3 Tage. Der Schweizer Durchschnitt liegt mit 39 Tagen etwas tiefer. In Zürich dauert die U-Haft im Schnitt zwei Wochen weniger lang als im Aargau, in St. Gallen ist sie drei Wochen kürzer.

Elisabeth Strebel, Mediensprecherin der Staatsanwaltschaft, weist den Vorwurf von sich, dass Ermittlungen im Aargau zu schleppend verlaufen würden. In Untersuchungshaft behalten kann man eine beschuldigte Person sowieso nur dann, wenn ein Haftgrund vorliegt — Flucht-, Wiederholungs-, Kollisionsgefahr oder das Risiko, dass eine geplante Tat ausgeführt werden könnte, sagt Strebel.

Das ist beispielsweise beim Aarau-er Stadtpolizisten der Fall, der seit fast drei Monaten wegen häuslicher

Gewalt in Untersuchungshaft sitzt. In diesem Fall ist das Zwangsmassnahmengericht dem Antrag der Staatsanwaltschaft gefolgt und hat die Untersuchungshaft angeordnet, da nach Ansicht des Gerichts die Möglichkeit bestünde, dass eine Drohung wahr gemacht werden könnte, wäre er auf freiem Fuss.

Die Dauer der U-Haft hat nur dann einen Zusammenhang mit der Dauer der Ermittlungen, wenn es um den



«Würde die Justiz den Anger rausnehmen, bräuchte es gar keine neuen Gefängnisplätze.»

Andreas Glarner, SVP-Fraktionschef im Grossen Rat

Haftgrund der Kollisionsgefahr geht — also um Absprachen unter Beschuldigten, erklärt Strebel. Sie hat darum wenig Verständnis für den Ruf nach kürzerer Untersuchungshaft. Ausserdem werde Untersuchungshaft immer der Freiheitsstrafe angerechnet, die in den meisten Fällen folgt, wenn jemand in Untersuchungshaft sass, sagt Strebel.

Nichts als konsequent

Auch SP-Fraktionschef Dieter Egli wird sich nicht gegen das neue Gefängnis sperren. «Ich sehe keine an

dere Möglichkeit.» Natürlich würde die SP das Geld lieber für anderes ausgeben. Aber man habe damals die Aktion Crime Stop gutgeheissen, nun sei es nichts als konsequent, auch dem Bau des neuen Gefängnisses zuzustimmen.

Zu den Kosten im Justizvollzug, die innert sechs Jahren um 15 Mio. Franken auf 42 Millionen jährlich gestiegen sind (az von gestern), sagt Egli: «Wenn wir Straftäter nicht bei Wasser

und Brot einsperren wollen, dann kostet das etwas.» Es sei eine Illusion zu glauben, man könne Straftäter einfach Wegsperrern und dann sei das Problem gelöst. Als Angriff auf den Rechtsstaat bezeichnet

Egli die Forderung, dass die Justiz die Kosten vor den einzelnen Menschen stellen sollte. «Ich sage das nicht, weil ich Mitleid habe mit Straftätern, sondern weil ich mir wünsche, dass auch ich ein faires Verfahren bekäme, sollte ich einst in Verdacht geraten.»

Die Grünliberalen befürworten die Schaffung neuer Haftplätze. Allerdings finden sie die Kosten mit 300 000 Franken pro Haftplatz zu hoch. Dieser Meinung ist auch die SVP und fordert deshalb, das neue Gefängnis im Elementbau zu bauen.